

Hannes Androsch

»2008: Im Wendekreis der Weltwirtschaft – was ist zu tun?«

Mit dem Jahr 2008, dem Beginn meines achten Lebensjahrzehnts, jährten sich zahlreiche historische Ereignisse, die den Lauf der jüngeren Geschichte und das Leben vieler Menschen nicht nur in Österreich für viele Generationen veränderten – und für die die Jahre 1888, 1918, 1938, 1948, 1958 und 1968 stehen. Als besonderes Schicksalsjahr wird auch das Jahr 2008 in Erinnerung bleiben.

1888 begann auf dem Hainfelder „Einigungsparteitag“ die mittlerweile 120 Jahre dauernde Geschichte der SPÖ. Norbert Leser hat aus diesem Anlass eine kritische – an manchen Stellen, so möchte ich meinen, überkritische – Analyse veröffentlicht. Das erste Parteiprogramm der SPÖ, das noch zu Zeiten der Habsburgermonarchie entstand, enthielt die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und politischer Gleichberechtigung, den Zugang zu Bildung und einer Wirtschaftspolitik als Grundlage für den Wohlstand aller. Vieles davon ist uns mittlerweile Selbstverständnis geworden, manches aber wird angesichts der weltweiten finanzwirtschaftlichen Turbulenzen und der drohenden Folgen auch bei uns wieder aktuell.

1918, dreißig Jahre nach Hainfeld, entstand als Folge des Ersten Weltkrieges und des Zerfalls der Donaumonarchie ein „Restösterreich“ mit rund 6.420.000 Einwohnern (2008 sind es 8.348.233). Diese Erste Republik war ein Staat, den „keiner wollte“, wie Hellmut Andics ihn genannt hatte. Das lag wohl vor allem darin begründet, dass damals kaum jemand ernsthaft an die Überlebensfähigkeit des kleinen Landes Österreich glauben wollte.

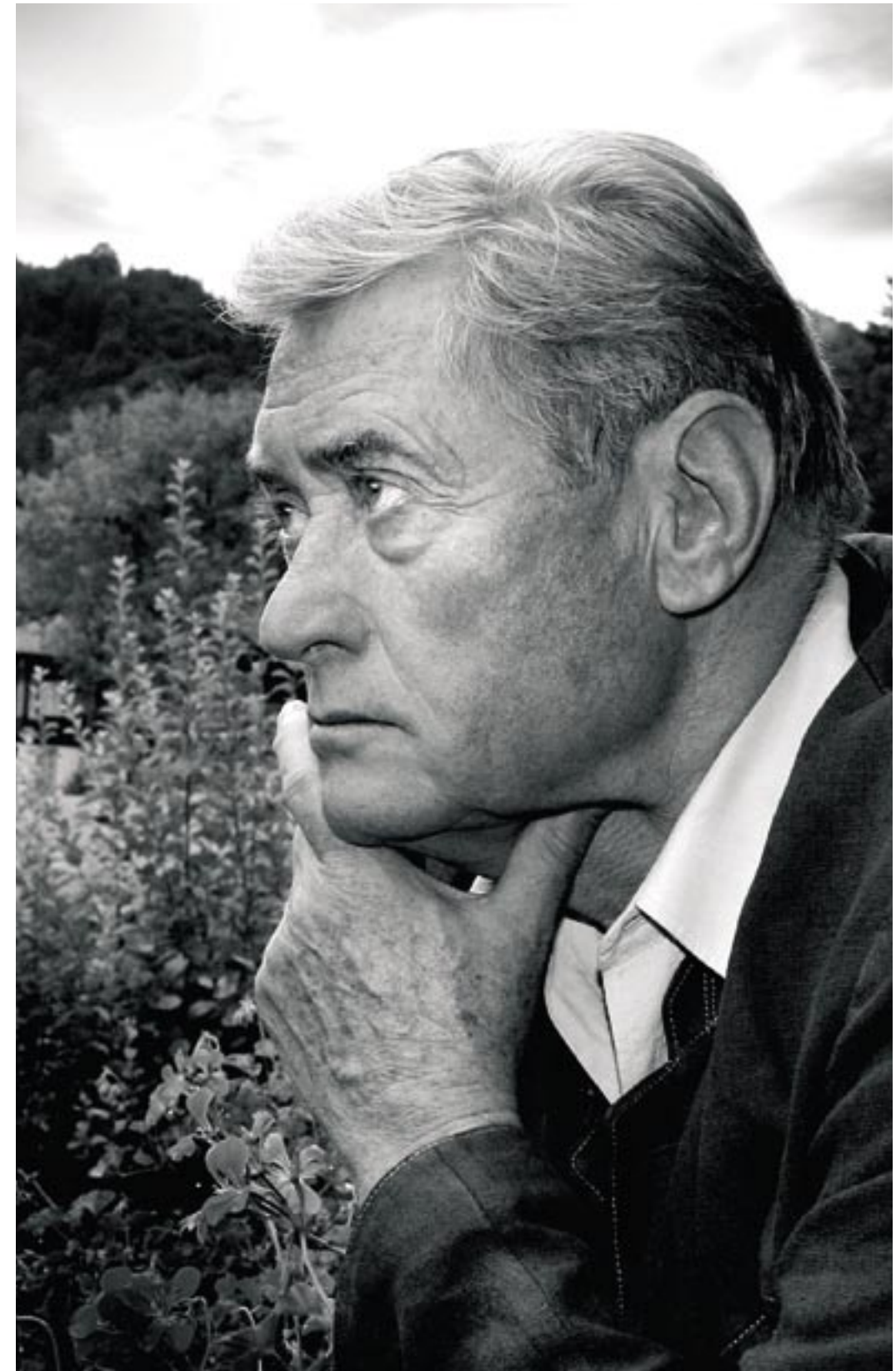
Diese pessimistische Sicht führte vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre und der innenpolitischen Spannungen, die nicht zuletzt in den klerikalfaschistischen Ständestaat mündeten,

direkt zu den Ereignissen von 1938. Eineinhalb Jahre später brach der Zweite Weltkrieg aus. Manfred Scheuch und Günther Steinbach haben den „Weg zum Heldenplatz“ infolge der „Krisen und Katastrophen“ der Zwischenkriegszeit eindrucksvoll nachgezeichnet.

1948 hingegen war ein Aufbruchsjahr: Drei Jahre nach Kriegsende begannen die amerikanischen Alliierten mit der Umsetzung des Marshallplanes für das vom Krieg zerstörte Europa. Der Marshallplan hat ganz wesentlich zum Wiederaufbau in Westeuropa beigetragen und bildete vor allem auch in psychologischer Hinsicht einen wichtigen Nährboden für den beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung. Österreich, das hochgerechnet 100 Milliarden Schilling (7,3 Milliarden Euro) erhalten hatte, profitierte von der Marshallplanhilfe in einem besonders hohen Ausmaß.

Einen weiteren wichtigen Katalysator für den Aufstieg Europas stellte die am 1. Jänner 1958 durch die Römischen Verträge geschaffene Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dar. Aus realpolitischen Gründen war es Österreich lange nicht möglich, vollständig an der europäischen Integration teilzunehmen. Erst nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums – und damit auch dem Ende des Kalten Krieges – hatten Österreichs Ambitionen auf einen Vollbeitritt Erfolgchancen. Nach einem Referendum, bei dem sich zwei Drittel der Österreicher für einen Beitritt ausgesprochen hatten, trat unser Land am 1. Jänner 1995 der EU bei.

In der Folge traten wir der Eurozone bei; seit dem 1. Jänner 2002 wurde der Euro auch für uns – wie für mittlerweile 15 andere EU-Staaten – zur gemeinsamen Währung. Dieser Schritt war durch die Hartwährungspolitik der 70er Jahre bereits vorbereitet





Zwei der wichtigsten Finanzminister der Zweiten Republik: Reinhard Kamitz und Hannes Androsch – ein „Golden Age“

und vorgezeichnet. Wie wichtig und richtig der Euro als Währung für uns ist, zeigt sich gerade jetzt angesichts der Turbulenzen auf den Weltfinanzmärkten. Die Sicherheit, die uns durch die Teilnahme an der Gemeinschaftswährung geboten wird, gäbe es nicht, hätte Österreich den Euro nicht eingeführt. Die Währungen Dänemarks und Schwedens, die der Eurozone nicht beigetreten sind, befinden sich derzeit in Schwierigkeiten und bedürfen umfangreicher Unterstützung durch die Europäische Zentralbank. Ähnliches gilt auch für Ungarn und weitere Staaten Ostmitteleuropas.

Gedacht wurde 2008 auch der Ereignisse von 1968. Dieses Jahr blieb vor allem durch die Studentenrevolten und die 1968er-Bewegung in Erinnerung. 1968 ist aber nicht nur ein bedeutendes Jubiläum für die westliche Hemisphäre. Für die ehemaligen europäischen Ostblockländer bedeutete „1968“ vor allem die brutale Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch den sowjetischen Panzerkommunismus, dem umgehend ein eisiger „Prager Winter“ folgen sollte. Zwanzig Jahre später sank das sowjetische Imperium in sich zusammen. Dessen Implosion wird heute

von Wladimir Putin und der neuen Nomenklatura Russlands für das größte geopolitische Unglück des 20. Jahrhunderts angesehen. Wer so formuliert, will die Geschichte zurückdrehen.

Jedenfalls folgte auf diese „Epochenwende“ 1989 ein Zeitraum rasanter dramatischer Veränderungen: In den USA herrschte triumphalische Stimmung; man vermeinte, den Wettkampf der Ideologien gewonnen zu haben, sah allenthalben das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) erreicht. Die USA versäumten keine Möglichkeit, die ehemalige andere Supermacht zu demütigen, indem unter anderem deren Satellitenstaaten in die NATO aufgenommen wurden. Die Aufstellung von Raketen in Polen und von Überwachungseinrichtungen in Tschechien ist ebenfalls unter diesem Gesichtspunkt zu sehen, ebenso wie der Vorschlag, selbst Georgien oder die Ukraine zu NATO-Partnern zu machen.

Mit dem Untergang des sowjetischen Imperiums waren die USA als alleinige Supermacht verblieben. Die globale Marktwirtschaft erfuhr durch die Rückkehr – aus der selbstgewählten Isolierung – Chinas und Indiens sowie der Länder des ehemaligen



Hannes Androsch und Werner Faymann – wir brauchen eine handlungsstarke Regierung mit dem Mut zum Notwendigen

Sowjetimperiums auf die Bühne der Weltwirtschaft zusätzliche Dynamik. Dies war möglich geworden durch die marktwirtschaftliche Öffnung Chinas durch Deng Xiaoping, die Abkehr Indiens vom Nehru-Sozialismus und den Zusammenfall des Sowjetimperiums. Damit war die kapitalistische Marktwirtschaft zum vorherrschenden Wirtschaftssystem geworden.

Gleichzeitig bildete sich eine nie da gewesene weltwirtschaftliche Vernetzung, die durch eine Vielzahl an technischen Neuerungen, vor allem im Transport- und Kommunikationsbereich, ermöglicht wurde. Als Beispiele seien etwa nur die Container-Schifffahrt, der Luftverkehr, Pipelines, Personal Computer, Internet oder die Mobiltelefonie angeführt. Die Welt wurde zum „Global Village“, wie der amerikanische Medientheoretiker Marshall McLuhan schon 1962 vorhersagte.

Der unbedingte Glaube an den Markt wurde zum neuen Credo, ein puritanisch marktreligiöser Neoliberalismus zur hochgejubelten Wirtschafts-ideologie. Diese fand ab den späten 70er Jahren in „Thatcherismus“ und „Reaganomics“ eine politische Umsetzung in Form von Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung und der Zurückdrängung des Staates. Wie sich erweisen sollte, war dies eine gefährliche Lösung; allerdings gilt dies in noch höherem Maße für das Gegenteil.

Die Ereignisse im Herbst 2008 – die das Ergebnis sowohl eines Markt- als auch eines Staatsversagens sind – erinnern an die negativen Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise vor knapp 80 Jahren. Das Jahr 2008 hat uns die größte Wirtschaftskrise seit 1929 beschert. Damals war die Wirtschaftsleistung auf 30 Prozent geschrumpft und die Arbeitslosigkeit auf 25 Prozent hinaufgeschneit. Von den wirtschaftlichen Wohlstandsverlusten mit all ihren schrecklichen politischen Folgen war besonders Österreich stark und vor allem anhaltend getroffen. Das autoritäre Regime des Austrofaschismus versagte mit seiner Austerity-Politik auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Das wirtschaftliche Desaster, in dem sich unser Land in den 30er Jahren befand, kann zumindest an-

nähernd die Begeisterung über den Anschluss nach dem Einmarsch der Nazi-Truppen erklären.

Die Weltwirtschaftskrise traf Österreich 1929 mit besonders großer Wucht und erreichte ihren Höhepunkt 1933, als von 1,6 Millionen unselbstständig Beschäftigten fast 600.000 ohne Arbeit waren, von denen rund 40 Prozent als sogenannte „Ausgesteuerte“ keinerlei Unterstützung mehr erhielten. Die Auswirkungen auf die Betroffenen haben die Soziologen Marie Jahoda, Paul Felix Lazarsfeld und Hans Zeisel in ihrer berühmten Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ eindrucksvoll veranschaulicht.

Auch damals blieben die Banken von der Krise nicht verschont; im Mai 1931 musste die Creditanstalt vorübergehend ihre Schalter schließen. Im März 1936 brach dann die Versicherungsgesellschaft Phönix zusammen.

Die Wirtschaftspolitik nach dem Ersten Weltkrieg hatte zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen, war sie doch vor allem auf die Bekämpfung der Hyperinflation ausgerichtet. Man stützte sich auf die klassische Theorie der Nationalökonomie mit ihrem Say'schen Theorem, dem zufolge das Angebot immer die nötige Nachfrage und damit Marktgleichgewicht und Vollbeschäftigung schafft. Damit verbunden war ein budgetpolitischer Attentismus, bei dem lediglich das ausgeglichene Budget im Fokus lag. Diese Wirtschaftspolitik war damals in allen Ländern verbreitet und verschärfte und verlängerte die Auswirkungen der Krise. Dadurch wurde die Große Depression der 30er Jahre hervorgerufen.

Erst Jahre später, nachdem bereits Hjalmar Schacht in Deutschland – allerdings kriegsorientiert –, im Besonderen aber Franklin D. Roosevelt in den USA mit dem „New Deal“ durch defizitfinanzierte Infrastrukturprogramme beim Abbau der Arbeitslosigkeit ohne nennenswerte inflationäre Auswirkungen spektakuläre Erfolge erzielt hatte, lieferte John Maynard Keynes in seiner 1936 erschienenen Schrift „General Theory of Employment“ den theoretischen Unterbau für eine antizyklische Konjunkturpolitik. Bei einer solchen sollten Investitionsprogramme der öffentlichen Hand – vor allem im Bereich Infrastruktur – im



Wolfgang Radlegger, Hannes Androsch, Karl Stoss, Rudolf Hundstorfer, Ewald Nowotny – die Krise hat kein Parteibuch

Vordergrund stehen, was nicht zuletzt eine langfristige Verbesserung der Standortqualität sowie eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit bedeutete. Im Gegensatz dazu führte der Weg des Dritten Reiches geradewegs in das Inferno des Zweiten Weltkrieges.

Welche finanziellen Möglichkeiten Österreich damals gehabt hätte, beweist, dass nach dem „Anschluss“ der Devisen- und Goldschatz der Oesterreichischen Nationalbank von 2,7 Milliarden Schilling (196,2 Millionen Euro), der im Vergleich zu jenem Deutschlands 18-mal größer war, nach Berlin gebracht wurde. Mit diesem Geld wurde für volle neun Monate die Aufrüstung Nazideutschlands finanziert. Demgegenüber wurden unter großem Propagandagetöse mit dem „bayrischen Hilfszug“ Lebensmittel nach Österreich gebracht. Der enorme Zuspruch zu Hitler in den frühen 30er Jahren ist vor allem auch vor diesem ökonomischen Hintergrund zu sehen.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, im Juli 1944, wurde auf der „United Nations Monetary and Financial Conference“ in Bretton Woods (New Hampshire, USA) ein internationales Währungssystem beschlossen, das auf einem Dollar-Gold-Standard beruhte und für mehr als zwei Jahrzehnte währungspolitische Stabilität mit sich bringen und damit eine außerordentliche Expansion des Welthandels ermöglichen sollte. Diese währungspolitische Stabilität wurde zum Motor eines lang anhaltenden weltwirtschaftlichen Wachstumsschubes. Die Folge war ein „Golden Age“ nach der „Great Depression“ der 30er Jahre. In den 70er Jahren sollte dann allerdings eine „Great Stagflation“ folgen.

Von der wirtschaftlichen Prosperitätsphase nach dem Zweiten Weltkrieg profitierte vor allem auch Österreich, das damals praktisch vor dem Nichts stand und sich in einer für heutige Verhältnisse



Ewald Nowotny und Hannes Androsch – Plädoyer für eine globale Kontrolle der Finanzmärkte



Hannes Androsch mit dem deutschen Außenminister und SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier – ein Regelwerk für den internationalen Finanzmarkt ist eine globale Aufgabe

unvorstellbaren Notlage befand. In den nachfolgenden Jahrzehnten gelang es Österreich, sich zu einem der reichsten Länder der Welt mit Massenwohlstand und hoher Lebensqualität zu entwickeln. Diese Errungenschaften basieren auf der harten Arbeit und dem Zukunftsoptimismus der Nachkriegsgenerationen, aber auch auf einem kooperativen und sozialen Klima als Ergebnis der österreichischen Sozialpartnerschaft. Die von den schwarz-blauen bzw. schwarz-orangen Koalitionen nach 2000 unternommenen Versuche, diese zu zerschlagen, haben sich für die Fortsetzung des österreichischen Weges des wirtschaftlichen Erfolges keinesfalls als vorteilhaft erwiesen.

Die im Abkommen von Bretton Woods festgelegte Goldkonvertibilität des Dollars ging in den 60er Jahren zunehmend verloren, wobei einer der wesentlichen Gründe hierfür der kreditfinanzierte Vietnamkrieg war. Am 15. August 1971 wurde daher von US-Präsident Richard Nixon die Goldkonvertibilität des Dollars formell suspendiert. In der Folge kam es zu heftigen Spekulationswellen, die sich auf jene Währungen konzentrierten, die gegenüber dem Dollar als unterbewertet galten. In Österreich

wurde in der Folge die Währungspolitik des harten Schillings eingeführt. Damit wurde die Euro-Tauglichkeit des Schillings gleichsam vorweggenommen. Die Hartwährungspolitik begründete einer Studie von Anton Kausel zufolge auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie. Ohne Hartwährungspolitik, so Kausel, hätte Österreich im Ranking der Wohlstandshierarchie der Industriestaaten vermutlich niemals einen der vorderen Plätze erklommen.

Die Bewältigung des weltweiten Konjunkturerbruchs gehörte zu den größten Herausforderungen der 70er Jahre. Mit einem Policy-Mix, der neben der Geld- und Währungspolitik auch steuer-, budget- und einkommenspolitische Maßnahmen miteinschloss, wurde der drohenden Rezession erfolgreich begegnet. Diese Politik wurde je nach theoretischer Gewichtung entweder als „Austromonetarismus“ (Gottfried Haberler) oder als „Austrokeynesianismus“ (Hans Seidel) etikettiert.

Die wirtschaftlichen Wachstumsraten Österreichs lagen in den 70er Jahren über dem europäischen Durchschnitt, die Arbeitslosenrate betrug im Jahres-

durchschnitt zwei Prozent, die heimische Wirtschaft wurde modernisiert und erlangte Europareife.

Ein wichtiger Bestandteil der Konjunkturstützungsprogramme war unter anderem ein beschäftigungswirksames, den Strukturwandel förderndes Investitionsprogramm des Bundes, das mit öffentlichen Krediten finanziert wurde. Damit verbunden war eine expansive Budgetpolitik, auf die dann allerdings eine restriktive Haushaltspolitik folgte. So gelang es 1981, das Nettodefizit des Bundes auf die später als „maastrichtkonform“ angesehenen 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken, ohne dabei öffentliche und vor allem zukunftsgerichtete Investitionen zu vernachlässigen.

Es verwundert daher nicht, dass nicht nur die Zeit des Wiederaufbaus, sondern vor allem auch die „goldenen“ 70er Jahre vielen Menschen positiv im Gedächtnis geblieben sind, wie eine vom Linzer Meinungsforschungsinstitut IMAS durchgeführte Umfrage zeigte.

Im Zuge der Weltfinanzkrise gewinnt nun, am Beginn des 21. Jahrhunderts, die von den Neoliberalen im unbedingten Glauben an die Selbstheilungs-

kräfte des Marktes strikt verworfene Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes erneut an Aktualität.

Ausgangspunkt dieser Weltfinanzkrise war die „Housing Crisis“ in den USA. Im Wahlkampfjahr 2004 hatte George W. Bush das Thema Hauseigentum ideologisiert: Jeder Amerikaner sollte sein Eigenheim haben. So wurden nicht nur Hypothekarkredite bis zu 100 Prozent des Kaufpreises gewährt, sondern darüber hinaus auch mit steigendem Wert der Häuser spekuliert und zusätzlich Hypothekarkredite, sogenannte „Home Equity Loans“, vergeben. Im Übrigen wurden zunächst geringe Zinsen vereinbart, die allerdings in späterer Folge angehoben wurden. Dies ging so lange gut, solange die Hauspreise in den USA tatsächlich enorme Steigerungsraten aufwiesen. So unterstützte man in den USA mit einer Politik des „billigen Geldes“ in riesigen Mengen eine Immobilieninflation. Dazu kam, dass die amerikanischen Bürger – ebenso wie die Regierung, die damit vor allem unnötige Kriege finanzierte – auf Pump lebten.

2006 jedoch drehte sich dieser Trend. Damit begann das Kartenhaus dieser „Ponzi-Pyramide“ in sich zusammenzufallen und löste die derzeitige Welt-

finanzkrise aus. Grund dafür ist die zunehmende Verflechtung der internationalen Finanzmärkte, vor allem aber auch das Entstehen komplex strukturierter neuer Finanzprodukte. Dabei wurden die Risiken in neue Finanzprodukte zerstückelt, wieder zusammengesetzt, gehandelt, „gehedgt“ und versichert. Die Bewertungen der Rating-Agenturen, die die realen Risiken schon längst nicht mehr erfassten, taten das ihre. So kam es zu einer einfachen Übertragung des Kreditrisikos vom sogenannten Originator an verschiedene Investoren quer über den Erdball.

Die handelnden Personen, Manager ebenso wie Börsenspekulanten, waren von Arroganz, Hybris und Gier getrieben und legten dabei ungeheure Sorglosigkeit und Maßlosigkeit an den Tag. Die Aufsichtsbehörden versagten aus Unverständnis und ebenso großer Sorglosigkeit, und die US-Notenbank begünstigte mit einer zu laschen Geldpolitik – mit zu niedrigen Zinsen – diese Entwicklung zusätzlich. Mahner wie Warren Buffett, der schon im März 2003 darauf hingewiesen hatte, dass die damals neuen Derivate zur Übertragung von Kreditrisiken „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ seien, oder die Risikowarnungen der in Basel ansässigen Bank für Internationalen Zahlungsausgleich – eine Art Bank der Notenbanken – wurden ignoriert. Selbst Alan Greenspan, der lange als Zaubermeister galt und durch die Krise zum Zauberlehrling wurde, wusste schon 1996 um die „irrational exuberance“ (irrationale Übertreibung), wie in seiner im Frühjahr 2007 erschienenen Autobiografie nachzulesen ist. Dort räumt er ein, dass er sich des Risikos steigender Hauspreise („asset price inflation“) zwar bewusst war, dieses jedoch in Kauf genommen habe, um der Ideologie „Jedem Amerikaner sein Eigenheim“, wie George W. Bush postuliert hatte, zu entsprechen.

Vorherige Krisen, die ein warnendes Beispiel hätten sein sollen, wurden, nicht nur von Greenspan, außer Acht gelassen: die erste Mexiko-Krise im Jahr 1982, der Zusammenbruch der Sparkassen in den USA Ende der 80er Jahre, der den amerikanischen Steuerzahler 130 Milliarden Dollar Steuermitel gekostet hatte, das „Junk-Bond-Desaster“, der

Börseneinbruch von 1987, die schwedische Bankenkrise von 1992, die sogenannte Tequilakrise in Mexiko Mitte der 90er Jahre, die Asienkrise 1997, die Russlandkrise 1998, die „Beinahe-Kernschmelze“ des von Wirtschaftsnobelpreisträgern geführten Hedge Fonds namens Long-Term-Capital-Management (LTCM) sowie das Platzen der Dotcom-Blase nach der Jahrtausendwende.

LTCM war mittels hochkomplexer Terminmarktstrukturen mit einem Eigenkapital von nur 2,2 Milliarden Dollar in Wertpapiergeschäfte verstrickt, die ein Nominalvolumen von 1,25 Billionen Dollar hatten. Ohne eine Rettungsaktion durch andere Banken in der Höhe von 3,6 Milliarden Dollar hätte der Untergang von LTCM wichtige amerikanische Banken mit in den Abgrund gerissen.

Durch die jetzige Krise droht nicht nur den USA, sondern der gesamten Welt eine Rezession oder gar Deflation bzw. Depression. Darüber hinaus verringert sich Amerikas wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in der Welt. Das 21. Jahrhundert wird also nicht mehr so wie das 20. ein „amerikanisches Jahrhundert“ sein. Dennoch werden die USA im Weltgeschehen als stärkste und technisch am meisten entwickelte Wirtschaft, als größte Militärmacht und als das Land mit den weltweit besten Universitäten weiterhin eine gewichtige Rolle spielen. Die weitere Entwicklung der USA, aber auch Europas, wird stärker als bisher mit jener von Indien und China verknüpft sein. Vor allem China hatte nämlich seine Währung an den Dollar gebunden („Dollarisierung“ oder auch „Bretton Woods II“ genannt) und die eigenen Währungen bewusst unterbewertet gelassen, um auf dem amerikanischen Konsummarkt mit den eigenen Produkten zu punkten. Dabei haben die Chinesen auch das amerikanische Leistungsbilanzdefizit finanziert, denn weder die amerikanische Bevölkerung noch die Regierung hatte Sparreserven angelegt.

Die amerikanische Verschuldungspolitik geht bis in die 70er Jahre zurück, als die USA, nachdem das Bretton-Woods-System der fixen Wechselkurse außer Kraft gesetzt worden war, mit den ölexportierenden Ländern einen Petro-Dollar-Standard vereinbarten,



Josef Ostermayer, Hannes Androsch und Werner Faymann – ein Konjunktur- und ...



... ein Beschäftigungsprogramm – Hannes Androsch und Bettina Zweiler, Betriebsratsvorsitzende der Pensionsversicherungsanstalt Wien



Hannes Androsch und Barbara Prammer, Präsidentin des österreichischen Nationalrates – vergesst Maastricht, denkt an die Menschen

der es den USA fortan erlaubte, beliebig Geld zu drucken („Fiat money“). Auf Pump leben kann man jedoch nur eine begrenzte Zeit lang, irgendwann einmal fällt jedes Kartenhaus in sich zusammen. Dies ist nachzulesen in Goethes „Faust II“.

Es mag wohl als Ironie der Geschichte gelten, dass nun all jene, die meinten, der Markt könne sich selbst erfinden und regulieren – die also religiös-fundamentalistisch an den „magic of the market place“ glaubten –, nun nach dem Staat rufen und Verstaatlichungen durchführen, allen voran US-Finanzminister Henry Paulson, der ehemalige Chef von Goldman Sachs. In dieser Funktion hatte sich Paulson stark für jenes Finanzsystem eingesetzt, das den USA – und mit ihnen nunmehr der ganzen Welt – zum ökonomischen Fallstrick werden sollte.

Der Staat muss nun den Rettungsarzt für die selbstverschuldet verunfallte Eigentumsordnung der Finanzwirtschaft abgeben, und zwar deshalb, weil das Geldwesen vor allem auch ein öffentliches Gut darstellt, von dessen Funktionstüchtigkeit das gesamte Wirtschaftsleben abhängig ist.

Die notwendigen Verstaatlichungen von Banken zur Bewältigung der Krise sind nunmehr aber nicht unter der Frage „privat oder Staat“ an sich zu sehen, sondern es muss dabei das pragmatische Diktum des legendären SPD-Wirtschaftsministers Karl Schiller aus den 70er Jahren gelten: „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie notwendig!“ Dabei muss berücksichtigt werden, dass Geld ein öffentliches Gut ist und damit nicht nur der privaten Eigentumsordnung unterliegen kann.

Mehr denn je gilt es nun, den Kapitalismus zu „zivilisieren“, wie dies Marion Gräfin Dönhoff bereits in einem 1997 erschienenen Artikel in der Wochenzeitung DIE ZEIT einforderte, aber es wird auch notwendig sein, den Tiger der Globalisierung zu zähmen – allerdings ohne ihn zu fesseln und dabei zu strangulieren. Isolationismus und Protektionismus sind keine Lösungen, wie die Beispiele Nordkorea, Myanmar und Kuba zeigen. Zentralverwaltungs- bzw. Kommando-Wirtschaftsmodelle sind keine sinnvolle Alternative zum Markt. In Abwandlung eines bekannten Zitats von Winston Churchill könnte man auch sagen, die Marktwirtschaft sei „das schlechteste Wirtschaftskonzept – ausgenommen alle anderen“.

Allerdings braucht dieser Markt einen Ordnungsrahmen. Bereits Adam Smith stellte in seinem vor nahezu einem Vierteljahrhundert erschienenen Klassiker „Der Wohlstand der Nationen“ fest, dass die „unsichtbare Hand des Marktes“ einen Ordnungsrahmen sowie sinnvolle Spielregeln und eine vernünftige Überwachung erfordert, wie dies auch von den Ordo-Liberalen der Freiburger Schule mit Walter Eucken an der Spitze beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg vertreten wurde.

Auch Fußball, um einen Vergleich aus der Welt des Sports zu bemühen, funktioniert nur mit Spielregeln und einem Schiedsrichter, soll es nicht zur völligen Anarchie auf dem Spielfeld kommen. Andererseits kann auch nicht jedem einzelnen Spieler ein Schiedsrichter zur Seite gestellt werden. Genauso wenig ist es vertretbar, dass die Spielregeln nur für eine Hälfte des Spielfeldes gelten. Dies gilt sinngemäß für die sogenannten Schattenbanken.

Ein entsprechendes Regelsystem fehlte auf dem internationalen Finanzsektor zunehmend, und nur so konnte es zu diesem Wettcasino eines Raubtierkapitalismus und der Entkoppelung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft erst kommen. Joseph A. Schumpeter schrieb in seinem Werk „Das Wesen des Geldes“: „Der Zustand des Geldwesens eines Volkes ist ein Symptom aller seiner Zustände.“ Dieser Satz muss inzwischen global gelesen werden.

Die Schaffung eines Regelwerkes für das internationale Finanzsystem und das Währungswesen ist daher überfällig. Die Ordnung der Weltwirtschaft samt einer soliden Finanzarchitektur ist angesichts der Globalisierung keine nationalstaatliche und noch weniger eine parteipolitische Angelegenheit. Auch die internationale Kriminalität oder der internationale Terrorismus kann nicht innerhalb nationaler Grenzen wirkungsvoll bekämpft werden. Deswegen gibt es die Interpol.

Ein Regelwerk für den internationalen Finanzmarkt ist ein globales Anliegen, eine globale Aufgabe. Diese zu lösen bedeutet Vertrauen zu schaffen, Zusammenarbeit zu üben und Verantwortung zu tragen. „Chimerika“ – so bezeichneten Niall Ferguson und Moritz Schularick die mittlerweile bestehende wirtschaftliche Symbiose zwischen China und Amerika –, aber ebenso die EU, Japan, Russland, Indien, Brasilien sowie ölexportierende Länder wie Saudi-Arabien werden hierbei eine entscheidende Rolle spielen. Der Weltgipfel der zwanzig größten Industrie- und Schwellenländer (G-20) vom November 2008 sollte dazu den Startschuss gegeben haben.

„Chimerika“ ist dabei deshalb so wichtig, weil beide Staaten zusammen 13 Prozent der Landmasse ausmachen, ein Viertel der Weltbevölkerung repräsentieren und etwa ein Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung erbringen. Ihre außenwirtschaftlichen und währungsmäßigen Beziehungen und Verflechtungen hatten und haben wesentlichen Einfluss auf das globale Geschehen. Dies zeigte sich nicht zuletzt angesichts der derzeit herrschenden tumultösen Zustände; das Verhalten der beiden „Riesen“ hat ganz wesentlich zum globalen Wirtschaftsabschwung beigetragen.

Auf der anderen Seite muss bei der Bewältigung der Finanzkrise auch bedacht werden, dass die USA und die EU zusammen für 54 Prozent, also mehr als die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung, stehen. Rechnet man noch die acht Prozent Japans dazu, sind es insgesamt 62 Prozent, und die Gruppe der G-20 – die Protagonisten des Weltfinanzgipfels – steht sogar für 75 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Es

ist daher einsichtig, wo die Hauptverantwortung – und die Anlaufstelle zur Lösung – der gegenwärtigen Probleme anzusiedeln ist.

Vorrangige Aufgabe ist es aber, in einem ersten Schritt alle notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens und der Solidität des Bankensektors zu ergreifen. Dies ist enorm wichtig, weil nur dann der monetäre Blutkreislauf insgesamt, aber vor allem das Interbankengeschäft funktionieren können. Dies wird nunmehr nur mittels starker staatlicher Hilfe möglich sein.

Der nächste Schritt muss die Stützung der Konjunktur sein. Der Tsunami im Finanzbereich hat inzwischen auch die Realwirtschaft erfasst: Die Weltwirtschaft wird deutlich langsamer wachsen. Die Frage ist mittlerweile nicht mehr, ob es eine Rezession gibt und welche Länder sie betrifft, sondern, wie gravie-



Hannes Androsch und Reinhard Göweil, Leiter der Wirtschaftsredaktion des „Kurier“ – ein funktionierender Markt braucht Kontrolle

rend sie ausfällt und wie lange sie anhalten wird. Dies wird nicht zuletzt von konjunkturstützenden Maßnahmen abhängen. Die Europäische Zentralbank hat inzwischen begonnen, langfristige Investitionen, wie etwa im Anlagenbau oder Infrastrukturbereich, über „Commercial Papers“ zu unterstützen, von denen indirekt die vielen Zulieferbetriebe und damit viele KMUs profitieren. Um die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realökonomie – also das Schrumpfen der Weltwirtschaft in Form einer Depression sowie eine Explosion der Arbeitslosigkeit mit allen sozialen Folgen – zu vermeiden, bedarf es aber auch der Verschränkung von nationalen und internationalen Maßnahmenpaketen für die Ankurbelung der Konjunktur.

Bei dieser Aufgabe wird man nicht kleckern dürfen, sondern klotzen müssen – selbst wenn man dabei, bildlich übertrieben ausgedrückt, „aus Helikoptern Geld ausschütten muss“ (Paul Krugman, der neue Nobelpreisträger). Natürlich muss dies sinnvoll geschehen, indem man Maßnahmen setzt, die nicht nur Arbeit schaffen, sondern auch Werte, wodurch letztendlich die Zukunftstauglichkeit, Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhöht sowie ein Beitrag zur Verbesserung der Umwelt geleistet wird. Die Alternativen wären letztlich teurer, aber weniger sinnvoll. Dies gilt auch für die Auswirkungen auf die Staatsfinanzen.

Nach Schätzungen von Jeffrey Sachs werden für die Bewältigung der Krise rund drei Prozent des Weltsozialprodukts notwendig sein. Die zuvor explodierten Preise für Rohstoffe – und da vor allem für Erdöl – sind seit dem Ausbruch der Krise dramatisch zurückgegangen. Betrug der Preis für ein Fass Erdöl im Jahr 1998 noch 10 Dollar, so war dieser innerhalb der letzten zehn Jahre auf 147 Dollar je Fass angewachsen, während er nunmehr wieder auf die Größenordnung von 60 Dollar je Fass zurückgefallen ist. Dieser Preisverfall innerhalb so kurzer Zeit ist eigentlich auch schon wieder „Zu viel des Guten“ – und nur Ausdruck der bereits eingetretenen Rezession. Umso mehr können und müssen sich die Notenbanken von der Bekämpfung der Inflation abwenden und den



Hannes Androsch und Karl Schwarzenberg, Außenminister der Tschechischen Republik – wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa

Gefahren und der Bekämpfung von Deflation und Depression zuzuwenden.

Wir erleben derzeit weltweit gleichsam den „Fall BAWAG“ zur Potenz. Auch damals, im Jahr 2006, hatte die österreichische Regierung Garantien abgegeben. Letztlich kostete diese Rettungsaktion den Steuerzahler nicht einen Cent. Auch jetzt muss es gelingen, die prekäre Situation zu stabilisieren. Bei der Bekämpfung der Finanzkrise darf freilich nicht an Löschwasser gespart werden; mit Spritzpistolen kann man keinen Großbrand löschen, dazu braucht es Wasserwerfer.

Außerdem gilt es, aus der erfolgreichen Bewältigung anderer Krisen die entsprechenden Lehren zu

ziehen. Ein Beispiel für die erfolgreiche Überwindung einer Finanzkrise ist das schwedische Beispiel aus dem Jahr 1992.

In Österreich brauchen wir eine handlungsstarke Regierung mit Mut zum Notwendigen und, wenn es sein muss, auch zum Unpopulären. Es gilt, die Altlasten der letzten Jahre – Pflegemisere, Krankenkassendefizite und die Probleme bei Post, Telekom und vor allem der AUA – zu beseitigen sowie die überfälligen Zukunftsaufgaben endlich in Angriff zu nehmen. Aktuell ist ein wirtschaftspolitischer „Great Deal“ dringend vonnöten.

Großer Handlungsbedarf besteht im Besonderen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Wir brauchen endlich eine weitreichende Reform des Spitals- und Gesundheitswesens, die diese Bezeichnung auch verdient. Die Energieeffizienz müssen wir verbessern und Energiereserven besser nutzen. Unsere Energiesicherheit hängt längst an einem seidenen Faden, weil bestehende Leitungsnetze nicht ausgebaut und neue Kraftwerke nicht gebaut wurden. Deshalb sind wir vom Strom-Exporteur zum Strom-Importeur – darunter ein Viertel Atomstrom – geworden. Wir müssen die zu einem Drittel ungenutzte Wasserkraft als umweltfreundlichste Form der Energiegewinnung besser nutzen. Weiters gilt es, energiesparende Maßnahmen und Innovationen auf diesem Sektor zu forcieren.

Ein weiteres wichtiges Anliegen muss außerdem eine Bundesstaats- und Verwaltungsreform sein. Diese darf sich nicht in oberflächlicher Kosmetik erschöpfen, sondern muss bis an die Wurzeln gehen, das heißt, der Dschungel an Vorschriften muss durchforstet, der Wildwuchs der Bürokratisierung auf ein für den Bürger durchschaubares Maß zurückgestutzt werden. Ebenso ist die teure Zersplitterung in vielen Bereichen zu beseitigen: Es gibt in Österreich um 50 Prozent mehr Spitäler als vergleichsweise in Deutschland. Unser kleines Land „leistet“ sich 29 verschiedene Elektrizitätsversorgungsunternehmen, 19 Krankenkassen und 27 Sozialversicherungseinrichtungen.

Wir wenden allein 4,1 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung für die Bürokratie auf. In Deutschland sind es nur 3,3 Prozent, in der Schweiz 1,6 Prozent und in Finnland und Schweden jeweils sogar nur 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die freigewordenen Mittel könnten in Zukunftsaufgaben investiert werden, ohne dass das Budget dadurch zusätzlich belastet wird.

Zu diesen Zukunftsaufgaben zählen unter anderem wichtige Maßnahmen im Bereich von Infrastruktur und Bildung. Die Bildungsausgaben in Österreich sind von ohnehin zu geringen 6,1 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung im Jahr 1995 auf 5,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung im Jahr 2000 zurückgegangen. Die schlechten Ergebnisse bei den

PISA-Studien sind für Österreich daher nicht nur beschämend, sondern auch symptomatisch: Die 21 österreichischen Universitäten mit insgesamt 200.000 Hörern weisen eine dramatische Unterdotierung auf. Ihr Budget beträgt mit 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts weniger als die Hälfte von dem der Schweizer Unis. So ist es keine Überraschung, wenn wir innerhalb der entwickelten Industriestaaten eine der geringsten Akademikerquoten vorzuweisen haben. Das Ziel muss daher sein, Qualifikationen und Skills der Österreicher deutlich anzuheben. Auch die Tatsache, dass es hierzulande keine ausreichenden Kinderbetreuungsplätze und noch immer keine gemeinsame Schule für die 10- bis 14-Jährigen gibt, zeigt, wie groß der Handlungsbedarf ist. Andere europäische Länder haben dem gesellschaftlichen Wandel und den ökonomischen Veränderungen weitaus besser Rechnung getragen.

Großer Handlungsbedarf besteht vor allem im Ausbau der infrastrukturellen Netzwerke. So hat etwa die im Vergleich zu Österreich nur halb so große Schweiz gleich viele Autobahnkilometer und trotzdem ein viel besseres Schienennetz als Österreich, weshalb es dort auch ein Mehrfaches an Gütertransit auf der Schiene gibt.

Viele der bereits dringlichen Probleme der Welt, die durch die rasant steigende Weltbevölkerung weiter an Brisanz gewinnen – als einige wenige Beispiele seien Hunger, Mangel an sauberem Trinkwasser, neue Seuchen, Umwelt- und Klimaschutz oder der Bedarf an Energie angeführt –, erfordern zu ihrer Bekämpfung neue innovatorische Lösungen. Diese sind gleichzeitig ein wirksamer Hebel für wirtschaftliches Wachstum. Daher gilt einmal mehr der Leitspruch: Educare et innovare necesse est. Schon Henry Ford meinte vor beinahe einem Jahrhundert, dass das Wachsen der Wirtschaft bereits in den Klassenzimmern beginne.

Die Finanzmarktkrise hat uns aber auch gezeigt, dass wir nicht weniger, sondern mehr Europa und nicht weniger, sondern mehr Globalisierung brauchen. Dies ist ganz im Sinne des Millenniumsberichts von Kofi Annan, der im Jahr 2000 unter dem Titel „We the Peoples ...“ erschienen ist.



Martha Kyrle, die Tochter des Bundespräsidenten Dr. Schärff, und Herbert Krejci – „The Other Side of the Hill“ –, begeisterter Präsentator der Biografie von Adolf Schärff im Palais Epstein

**»Sie waren schlechte Redner,
sie lasen wenig Bücher,
sie tranken immer denselben Wein
und aßen immer die gleichen drei Gerichte –
aber sie haben das Vaterland gerettet.«**

(Gerd Bacher über die führenden Männer der Nachkriegsregierungen)